

"Der Stahl zerbricht Europa" in L'Express (10. Oktober 1966)

Legende: Am 10. Oktober 1966 analysiert die französische Wochenzeitschrift L'Express die Gründe und Auswirkungen der Krise des Kohlenmarktes in Europa.

Quelle: L'Express. dir. de publ. Servan-Schreiber, Jean-Jacques ; Réd. Chef Ferniot, Jean. 10.10.1966, n° 799. Paris: L'Express. "L'acier casse l'Europe", auteur:Hartemann, Bernard , p. 62-64.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/der_stahl_zerbricht_europa_in_l_express_10_oktober_1966-de-91553500-1b43-448f-a468-a04090ef58d2.html



Publication date: 05/07/2016

Der Stahl zerbricht Europa

Die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die Robert Schuman zur Grundlage der politischen Organisation Europas machen wollte, ist im Inbegriff zu sterben.

Drei Mitglieder des Hohen Rates – das heißt dessen, was eine europäische Regierung für Kohle und Stahl hätte sein können – absolvierten gerade im Eiltempo eine Rundfahrt durch die Hauptstädte. Sie wollten die Regierungen dazu bewegen, sich der Krise von Kohle und Stahl gemeinsam – und nicht getrennt – zu stellen.

Seit sich im letzten Juli Frankreich und Italien weigerten, die Überschüsse an deutschem Koks im Rahmen eines europäischen Planes zu finanzieren, vollzieht ein jeder nationale Lösungen. Gleichzeitig verurteilen die Regierungen die Aktionen des Hohen Rates. „Seine Lösungen waren immer kurzfristig“, sagen sie.

Deshalb geriet der Hohe Rat seit dem Jahr 1957 von einer Krise in die nächste. Zum ersten Male seit dem Krieg hatte Europa damals zuviel Kohle; vier Jahre später zuviel Eisenerz; im Jahre 1962 zuviel Stahl. Die großen Bastionen fallen eine nach der anderen. Lothringen war bekannt für seinen Reichtum an magerem Eisenerz, man kannte seine begrenzten Möglichkeiten: Mochten sich eines Tages die Grenzen für die exzellenten schwedischen und afrikanischen Erze öffnen, und das wäre das Ende für die lothringischen Minen. Aber niemand dachte daran, dass die Ruhr zur „kritischen Zone“ werden würde. Heute haben die Einstellungen in den rheinischen Eisenhütten und dem Kohlebergbau aufgehört und Anfang des Jahres wurde die Arbeitslosigkeit offensichtlich. Thyssen (Stahl), die führende Aktie der deutschen Börse, wird nur noch mit 120 Mark bewertet, verglichen mit 164 Mark im Januar.

Die Kohle hat unter der Konkurrenz des Erdöls gelitten. Sehr schnell trauerten ihr die Experten nicht mehr nach, und 40 000 Bergarbeiter der EGKS mussten ihren Arbeitsplatz zwischen dem Sommer 1965 und dem Sommer 1966 ohne Hoffnung auf Rückkehr verlassen.

Stahlblech und Beton. Was die Stahlkrise anbetrifft, so ist sie zunächst der weltweiten Überproduktion zuzuschreiben. Japan, das im Jahre 1955 nur 9,5 Millionen Tonnen Stahl gestochen hatte, produzierte 41 Millionen Tonnen im Jahre 1965. Die russische Produktion hat sich verdoppelt. Die Entwicklungsländer wollen Stahlschmieden, weil die Eisenverarbeitung für sie ein Zeichen von Stärke und Emanzipation ist. Am vergangenen 15. April beschlossen die Experten der Westafrikanischen Konferenz für Eisen und Stahl die sich in Freetown (Sierra Leone) trafen, ein Stahlwerk in Westafrika zu errichten. An wen werden sie verkaufen, wenn nicht an die reichen Länder und zum Schleuderpreis?

Der Konsum folgte nicht: die Automobilhersteller verarbeiten immer dünnere Bleche, man gibt immer weniger Eisen in den Beton. Von 1960 bis 1966 hat sich die weltweite Kapazität der Stahlproduktion um 150 Millionen Tonnen erhöht, der Konsum nur um 80 Millionen Tonnen.

Während dieser Zeit hielt sich Europa an die Spielregeln des Pariser Vertrages, der die EGKS einführte. Als Jean Monnet, erster Präsident des Hohen Rates im Mai 1953 lächelnd und von den Fotografen umringt den ersten Stich europäischen Stahls auslöst, fehlt es den Sechs an Allem und insbesondere an Kohle und Stahl. Und der Vertrag von Paris „organisiert den Mangel“. Man verteilt den wertvollen deutschen Koks und das lothringische Eisenerz, so gut es geht. Der Vertrag ist liberal; er will, dass alle Eisenhütten und Kohlenbergwerke gleich gestellt sind. Alle Welt beglückwünscht sich zur Zerstörung der alten Riesen von der Ruhr, die den Markt durcheinander brachten. Nach amerikanischem Vorbild vollzieht der Vertrag eine wirksame Antitrust-Prozedur.

Der Hohe Rat hat übernationale Machtbefugnisse; seine neun Mitglieder, für sechs Jahre gewählt und unabhängig von den Staaten, die sie ernannt haben, können sich jederzeit über die Köpfe der Regierungen hinweg direkt an die Eisenhütten und Kohleproduzenten wenden. Das Europa der Sechs ist entschlossen, von den Rohstoffen, die sein Boden ihm liefert, zu leben und zu gedeihen.

Die Problemstellung hat sich heute geändert, der Vertrag nicht. Man müsste von ausländischen Rohstoffen

leben, um für die internationale Konkurrenz gewappnet zu sein. Man müsste amerikanischen Koks kaufen, der, nach Deutschland geliefert, in Essen noch 10 Francs weniger pro Tonne kostet als sein deutscher Konkurrent. Man müsste das Eisenerz in Mauritien oder in Schweden kaufen, wo es doppelt so gehaltvoll ist wie in Frankreich. Man müsste auch die Werke vergrößern: Die Japaner bestätigen, dass ein Werk, das weniger als 5 Millionen Tonnen jährlich produziert, keine internationale Dimension hat.

Schüchtern wollte die EGKS zwei- oder dreimal warnen. Ohne Erfolg. Ein einfaches Beispiel zeigt es: Der Hohe Rat bestimmt die Ziele der gemeinschaftlichen Produktion, hat jedoch keine Möglichkeit, konkurrierende Investitionen zu verhindern. Auch wenn jede dieser Investitionen für sich genommen gut ist, führt ihre Summe doch zur Überproduktion.

Der letzte Optimist. Schließlich haben die sechs Regierungen, die den Vertrag nicht den neuen Bedingungen anpassen wollten, entschieden, ihre Freiheit wiederzuerlangen. Es wird nicht mehr in Luxemburg über die Zukunft von Kohle und Stahl entschieden, sondern in Paris, Bonn, Brüssel oder Rom. Seit Anfang des Jahres haben die internationalen Pläne den Markt durcheinander gebracht. Am 27. Juli 1965 stellten Michel Debré, Raymond Marcellin und Jacques Ferry, der Präsident des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie, offiziell den französischen Rettungsplan vor. „Wenn die Werke modernisieren, werden wir ihnen 2 200 Millionen Mark über einen Zeitraum von fünf Jahren leihen,“ erklärte Michel Debré.

Deutschland hat beschlossen, vier Kontore zu bilden – die Vorkriegskartelle –, die über die Anteile entscheiden werden, die jeder auf dem Markt besetzen wird und die ihre eigene interne Disziplin ausüben werden. Aus Prinzip haben sie den Plan dem Hohen Rat unterbreitet; dieser kann seine Durchführung untersagen. Falls er es tut, werden die Kontore illegal.

Ein illegaler Markt, den alle Produzenten Europas billigen; sie denken wie Ernesto Manuelli, Präsident des italienischen Stahlriesen Finsider, dass „die Schwierigkeiten sich aus dem zügellosen und unvernünftigen Wettbewerb ergeben, der sich auf dem Markt etabliert hat“. In dieser Erklärung gegenüber unserem Korrespondenten brachte Manuelli jedoch seine Stimme in Einklang mit den Protesten der Europäer, und versicherte: „Die EGKS hat noch eine ausschlaggebende Rolle zu spielen.“

In Essen sagte Hans-Gunther Sohl, Präsident der deutschen Vereinigung der Eisenhütten und der Metallindustrie, nichts anderes. Jacques Ferry, der ins gleiche Horn blies, erklärte: „Wir müssen die EGKS retten“. Und trotzdem versorgt sich Italien mit Kohle aus den Vereinigten Staaten und mit Eisenerz aus Übersee. Deutschland verteidigt den nationalen Plan mit allen Mitteln. In Frankreich werden die Entscheidungen vom Finanzministerium oder vom Industrieministerium oder in den Büros des Verbandes der Eisenindustrie in der Rue de Madrid getroffen, wo zweihundert Beamte ohne viel Rücksicht auf die europäische Ideologie die Revolution der französischen Eisenhütten vollenden.

Was wird aus dem Hohen Rat? In einem Dokument von 72 Seiten, das die Beamten unter sich als das „Testament der EGKS“ bezeichnen, liest man: „Die Perspektive des Zusammenschlusses soll die verantwortlichen Instanzen der Gemeinschaften nicht dazu veranlassen, ihre Aktion zu bremsen oder eine abwartende Haltung anzunehmen.“

Denn in Luxemburg spricht man seit zwei Jahren vom Zusammenschluss der Exekutiven. Dieser bestünde darin, die drei Kommissionen des gemeinsamen Marktes, der EGKS und der Euratom in eine einzige zusammenzulegen. Ursprünglich vorgesehen für den 1. Januar 1966, wurde der Zusammenschluss verschoben; die Außenminister der Sechs werden vor Monatsende nochmals darüber sprechen.

Man findet noch Optimisten, besonders den jetzigen Präsidenten des Hohen Rates der EGKS, Dino Del Bo. Er schätzt, dass man, sobald der Zusammenschluss vollzogen sei, im Ganzen über die Probleme diskutieren könne; die Verhandlungen würden dadurch erleichtert.

Bernard Hartemann

(Recherchen in Bonn, Brüssel, Luxemburg, Rom durch die Korrespondenten des „Express“: Bernhard Winter, Edouard de Blaye, Walter Parisel, Viviane Dutaut.)